

Landeshauptstadt Magdeburg
Änderungsantrag

DS0446/23/66 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
DS0446/23	01.12.2023

Absender Fraktion AfD	
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 11.12.2023

Kurztitel Haushaltsplan 2024 - Auskömmliche Asylfinanzierung mit dem Land verhandeln!
--

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, mit dem Land eine auskömmliche Finanzierung der Asylkosten zu verhandeln und so den Stadthaushalt zu entlasten.

Begründung:

In Bezug auf die Kostenerstattung für Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz durch das Land an die Stadt Magdeburg gibt es eine enorme Finanzierungslücke. Das Aufnahmegesetz soll eigentlich eine vollständige Finanzierung der in den Kommunen entstandenen Asylkosten auf das Land umlegen. Derzeit wird die Kostenerstattung nach dem Aufnahmegesetz über eine vom Land festgelegte Pauschale reguliert. Diese beträgt nach Auskunft der Stadt (S0146/23) momentan 11.200 Euro pro Asylbewerber jährlich. Finanzexperten sehen den tatsächlichen Bedarf für Magdeburg jedoch bei 15.000 bis 17.000 Euro. Die kumulierte Summe des Fehlbetrages geht entsprechend zu Lasten des städtischen Haushalts und schränkt die finanziellen Möglichkeiten Magdeburgs massiv ein.

Christian Mertens
Fraktionsvorsitzender